

Geringere Heizkosten erwartet, So könnte Corona-Exit aussehen, Kommt die Abwrackprämie 2.0?

Geringere Heizkosten erwartet

Der zurückliegende Winter war mild, ja fast schon warm im Vergleich zu vorangegangenen. Selten vielen die Temperaturen über längere Zeiträume in den Minusbereich. Sehr zu Freude von Mietern und Eigentümern, die dadurch weniger heizen mussten und sich folglich Geld sparten. Laut den [Vergleichsportalen](#) Verivox und Check24, die sich auf die „Gradtagszahlen des Deutschen Wetterdienstes“ ([RP](#)) berufen, setzt sich dieser Trend auch in diesem Jahr fort. [Mit diesen 3 kleinen Tipps heizt du richtig und gut](#)

Die [heizintensiven](#) Monate Januar und Februar hätten demnach erneut sehr milde Temperaturen gezeigt. Das und die Preisentwicklung am Ölmarkt führen dazu, dass sich Verbraucher auf niedrigere Preise einstellen dürfen. Im Schnitt rechnen die Portale mit Preisunterschieden von „elf Prozent (Check24) bis 14 Prozent (Verivox) im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum.

Weiterhin werden in der Leopoldina-Stellungnahme zur [#Coronavirus](#)-Pandemie Maßnahmen für den Wirtschafts- und Finanzsektor erläutert: <https://t.co/nMHRiDTuUH> [#COVID2019](#) [#Corona](#) [#COVID19](#) [#COVID19](#) [#Pandemie](#) pic.twitter.com/va6t671aqe

– Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (@Leopoldina) [April 13, 2020](#)

Leopoldina: So könnte Corona-Exit aussehen

Für die Experten der [Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina](#) ist klar: Lange kann es mit den beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie nicht mehr weitergehen. Denn Wirtschaft und Menschen leiden zu sehr darunter. Während flächendeckend Forderungen nach Exit-Strategien und Lockerungen der Regelungen laut werden, berät die Akademie unterdessen weiter die Bundesregierung und arbeitet an Lösungen. Besonders im Fokus ihrer Strategien:

Bildung

Wichtig sei es nun, möglichst bald Schulen und Bildungseinrichtungen wieder zu öffnen, allerdings unter gesonderten Bedingungen, wie beispielsweise Klassenstärken von nur noch 15 Schülern. Dabei sollen zunächst Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen bis Klasse 10 sowie Gymnasien bis einschließlich zehnter Klasse öffnen. Schüler dieser Jahrgangsstufe seien besonders auf Betreuung, Anleitung und Unterstützung angewiesen ([Wirtschaftswoche](#)).

Für ältere Schüler und ältere Jahrgänge soll der Schulunterricht zunächst auf die Kernfächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen reduziert werden. Universitäten und Hochschulen sollten das Sommersemester „weitgehend als online/home-learnig-Semester“ weiterführen.

Öffentliches Leben

Damit das öffentliche Leben weitergehen kann, muss zunächst die Zahl der Neuinfektionen stabil oder stagnierend sein. Auch Krankenhäuser sollen bestmöglich ausgestattet sein. Erst dann halten die Experten eine Neuöffnung des öffentlichen Lebens für unproblematisch. Grundsätzlich könnten dann aber Einzelhandel, Gastgewerbe und Behörden wieder den Betrieb aufnehmen. Gestalten sich diese Maßnahmen als tragbar, dürften

auch „dienstliche Reisen sowie gesellschaftliche, kulturelle und sportliche Veranstaltungen“ (Wirtschaftswoche) folgen.

Pandemiebekämpfung

Häusliche Gewalt, psychische Probleme, Existenzängste – sie alle nehmen aufgrund der vorherrschend Corona-Krise zu. Um sie zu bekämpfen, und um der Pandemie Einhalt zu gebieten, fordern die Experten eine Lockerung der Lockerung der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen bei gleichzeitiger Verschärfung der wirksamsten Maßnahmen. Demnach halten sie das „Tragen von Mund-Nasen-Schutz, flächendeckendes Testen, die Verwendung mobiler Daten, die Identifizierung der Infizierten sowie die Entwicklung von Therapien“ für unumgänglich, um das System zu stabilisieren.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Steuerentlastungen oder die gänzliche Aufhebung des Solidaritätszuschlages halten die Experten für sinnvoller als massenhafte Verstaatlichung von Unternehmen. Wichtig sei es auch, an der Schuldenbremse festzuhalten. Dennoch müsse man Impulse schaffen und Unternehmen wie Privatpersonen Perspektiven schaffen.



Kommt jetzt die Abwrackprämie 2.0?

Auch die Autoindustrie kämpft mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Nahe alle Werke der Deutschen Autobauer ruhen derzeit. BMW will noch bis Ende April warten, um die Produktion neu zu starten. Bei Volkswagen soll bereits in wenigen Tagen den Wiederanlauf wagen. Klar ist jedoch schon jetzt: Die Umsatzeinbußen sind enorm, der Absatz schwach. Denn in der Krise haben die Menschen andere Sorgen, als sich ein neues Auto zuzulegen. Dabei könnte der Neustart laut der Meinung vieler Politiker und Wirtschaftsgrößen auch ein

Riesenchance sein, um diesen Industriezweig zu stärken.

Denn mit staatlichen Subventionen für die Anschaffung eines Elektroautos oder Plug-in-Hybriden könnten gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Zum einen würde die heimische Autoindustrie gestärkt, zum Anderen könnte eine Art Abwrackprämie 2.0 helfen, „den klimafreundlichen Antrieben zum Durchbruch zu verhelfen, und zwar in der Breite“, wie der bayerische Ministerpräsident Markus Söder bemerkt ([manager magazin](#)). Auch der Ministerpräsident Niedersachsens sympathisiert mit dieser Idee und könnte sich ebenfalls vorstellen, „6000 Euro beim Kauf eines Elektroautos befristet aufzustocken oder gar Anreize für den Kauf modernster Benziner und Diesel zu setzen“.